

Versteht täglich  
ausgegeben mit Anzeigen  
der Gewerbe- und Industrie-  
Annoncenpreis  
monatlich 60 A., 1/2jährlich 1.20 A.  
annuum, freies Haus. Durch  
die Post bezogen 1.80 A.

„Die Neue Welt“  
(Unterhaltungsblätter), durch  
die Post bezogen, kostet  
monatlich 10 A., 1/2jährlich 20 A.

# Volkshlatt

Inserionsgebühr  
beträgt für die 5gehaltene  
Zeile oder deren Raum  
15 A. für Wohnungs-,  
Bereins- und Veranlagungs-  
anzeigen 10 A.

Inserate für die fällige  
Nummer müssen spätestens  
bis 10 Uhr in der  
Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Ver-  
zeichnungsliste unter Nr. 6586.

Offizielles sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 17, Eingang Sölbergasse.  
Telegraphen-Adresse: Volkshlatt Halle.

Nr. 269.

Halle a. S., Mittwoch den 16. November 1892.

3. Jahrg.

## Die Arbeiten des Parteitag.

II.

Die zweite Gruppe der Anträge betreffen die Organisation. Dasselbe sind auch nicht zahlreicher wie die Programmänderungsvorschläge. Von Bedeutung ist nur der Antrag, welcher den Passus in § 9 gestrichen wissen will, daß, wenn unter den gewählten Vertretern zum Parteitag sich keine Frauen befinden, solche in besonderen Versammlungen gewählt werden können. Der angelegene Passus gibt im Grunde den Frauen ein Vortritt. Da es aber ganz angebracht ist, daß auch Frauen auf dem Parteitag ihre speziellen Angelegenheiten zum Ausdruck bringen, so kann man wohl den § 9 unverändert lassen. Eine Reihe von Kreisen beantragen, daß nur alle zwei Jahre ein Parteitag stattfinden soll. Die Anträge sind offenbar inspiriert von dem Gedanken, daß mit zweijährigen Parteitagen viel Geld gespart werden kann. Sparsamkeit ist allerdings eine ganz schöne Sache. Wie sie aber überall vom Uebel ist, wo sie nicht angebracht ist, so auch hier. Die reichhaltigen Tagesordnungen, die die bisherigen Parteitage nach dem Sozialistengesetz aufzuweisen hatten, sind jedenfalls ein deutlicher Beweis für die Notwendigkeit jährlicher Parteitage. Eine andere Frage wäre es, wenn sich der Beratungskreis verringern würde. Dann würde aber auch die Beratungskosten sich verringern und damit auch die Kosten des Parteitags. Im übrigen aber halten wir es ganz am Platze, das so große Partei wie die sozialdemokratische ihre Angelegenheiten jährlich regelt. Der Parteitag dürfte deshalb wohl auch, wenigstens vorläufig noch, den § 1 unverändert lassen. — Ein anderer Antrag will, daß der jährliche Parteitag über die Verwendung der Parteigelder Beschluß fassen soll, ein weiterer will die Diäten für die Delegierten zum Parteitag aus den Mitteln der Parteikasse gestrichelt wissen. Der erstere Antrag wäre wohl ohne weiteres abzulehnen, denn wie soll man Voraus über die Verwendung der Gelder bestimmen? Auch der zweite Antrag ist unpraktisch, denn wer würde die Parteikasse beaufsichtigen, er würde aber nicht mehr besteht, als ein Parteibeamter (Vorstandsmitglied) höchstensfalls bezogen darf, sondern bedeutend mehr, ist außer aller Frage. Wenn aber für den Parteitag des „Vorwärts“, an den mindestens zehnmal mehr Anforderungen gestellt werden, als an den Parteireferat eines bürgerlichen Blattes, 7-8000 M. bezahlt werden, so ist das jedenfalls nicht zu hoch gegriffen. Diejenigen, welche gegenwärtig Meinung sind, haben eben keine klare Abnung von den immensen Fähigkeiten, die speziell von dem Parteireferat des „Vorwärts“ verlangt werden und die in gar keinem Vergleich stehen zu den Anforderungen, die

an den Redakteur einer sozialdemokratischen Provinzzeitung gestellt werden. Denjenigen, welche das Gehalt in Frage bezogen, die Tabelle der Gehälter der Parteireferate von bürgerlichen Blättern zeigen, daß der Redakteur des „Vorwärts“ bei weitem weitestgehende bezahlte Parteireferat der Großstadt ist. Man darf eben nicht vergessen, daß der Posten eines Parteireferats am „Vorwärts“ nicht von jedem beliebigen ausgefüllt werden kann, sondern daß dazu besondere Kräfte gehören, und die müssen auch besonders honoriert werden. Es mag für den gewöhnlichen Arbeiter ein brüderliches Gefühl sein, so sehen, daß sein Arbeitslohn in solchem Maße nicht steht zu dem unjenseits „Vorwärts“-Parteireferats. Sündigt denn aber nicht jeder Arbeiter seinen Arbeitslohn den Verhältnissen entsprechend zu erhöhen und ist es nicht eine angemessene Sache, daß der heutige Arbeiter, um menschenwürdig leben zu können, ein mindestens dreimal höheres Einkommen haben mußte, als es der Arbeiter heute im Durchschnitt hat. Soll nun aber deshalb, weil der Arbeiter heute so miserabel bezahlt wird, auch unser Parteireferat einen solchen Umgehungen begehen. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß der Parteitag das Rechte finden wird. — Zu diesem Kapitel gehört auch der folgende Antrag des Genossen Martini (Rubrit „Presse“): „Für die berufsmäßig im Dienste der Partei thätigen Arbeiter (Redakteure u.) bei eintretender Beschäftigungslosigkeit eine vom Parteitag festzusetzende Geldunterstützung in Verbindung mit einem zentralisierten Arbeitsnachweis beim Parteisekretariat einzurichten und die näheren Bestimmungen hierzu durch eine Kommission ausarbeiten zu lassen.“ Genosse Martini hat allem Anschein nach trübe Erfahrungen gemacht, wie so mancher andere Parteireferat (man kann wohl annehmen, daß der Antrag zunächst ein Schuß der bei der Presse Angestellten und speziell der Redakteure sein soll), er einzuziehen und nur des Vorgehens der Dresdener Genossen Komet gegenüber, das sicherlich nicht gerade genossenschaftlich genannt werden kann. Die Gesandtschaften der Parteireferate legen dieselben sehr häufig plötzlich „außer Kurs“ und nicht immer wird dann gegen sie so verfahren, wie es sich gehört. Wir könnten in dieser Beziehung manches Beispiel vorbringen. Der Antrag hat also etwas für sich. Ob aber der Parteitag darauf eingehen kann, ist mehr als fraglich, denn im Grunde könnte auch mancher andere, der nicht direkt im Dienste der Partei steht, ähnliche Ansprüche stellen und das dürfte ebenfalls zu weit führen. Es wird Sache derjenigen, welche in einem festen Verhältnis zur Partei stehen, ihre Rechte und Pflichten in besonderen Verträgen festzustellen und sich so vor Unbilden zu schützen. Wenn die Parteigenossen an einem Platze einmal nicht in der Lage sind, ihren eingegangenen Verbindlichkeiten nachzukommen, dann wird sich der Parteivorstand in den meisten Fällen nicht weigern, Zuschüsse zu leisten. — Unter den die Organisation betreffenden Anträgen, ist auch noch einer, welcher das Normalgehalt aller angestellten Beamten auf 2500 M. festgesetzt wissen will. Durch solche Anträge würde nur erreicht, daß man schließlich an den richtigen Plätzen nicht die richtigen Leute hat. Uebrigens betrug

für die Mitglieder des Parteivorstandes das Normalgehalt 3000 M., der Antrag würde also das bisher geltende Höchstgehalt bedeutend reduzieren. Bemerkenswert ist auch, daß mehrere Parteimitglieder stets auf jedes Gehalt verzichtet haben.

## Volkliche Kundschau.

Da darf man gespannt sein! Heute wird Herr Dr. Hans Blum in Leipzig einen Vortrag über die — wie das „Leipz. Tagebl.“ berichtet — vielbesprochene, von der Sozialdemokratie zu den größten Schwärmungen gegen den Fürsten Bismarck ausgenützte Emser Depeschen-Angelegenheit halten. Der ohnehin berüchtete Hans Blum, der mit seinen „Lügen der Sozialdemokratie“ geizig hat — wie durch die bekannte Halberstädter Gerichtsverhandlung erwiesen —, daß er das Lügen versteht, will sich nun nachsichtlich wieder einmal unsterblich blamieren, indem er nachweist, daß Mollke gelogen hat, als er dem Ex-König sagte: „Erst war es eine Chamade, nun ist es eine Fanfare.“ Damit würde Herr Blum aber gleichzeitig den Fürsten Bismarck zum Lügner stempeln, denn dieser hat doch die Geschichte erst erzählt. Wie gelogen, man darf gespannt sein, was Herr Blum rausstricken wird. Natürlich werden wir darüber getreulich berichten.

Die Monarchie in Preußen ist gefährdet, denn eine ihrer Stützen, Herr Adolf Stöcker, hat sich von ihr losgelöst. In der vorgestrigen Versammlung seiner „Christlich-Sozialen“ erklärte Herr Stöcker wörtlich: „Ich wollte unsere Arbeit nicht und verlangte von mir, daß ich mich von der Berliner Bewegung zurückziehe oder mein geistliches Amt aufgeben sollte. Ich wählte das letztere; denn doch gegen die Hand räumen, um mir Löhner in den Kopf zu schlagen, das thue ich nicht. Wir können nicht monarchisch wirken, wenn der König es nicht will. Vor wenigen Wochen sandte der König ein Telegramm an Biele, des Inhalts, daß die Stadt Berlin einen besseren Oberbürgermeister nicht haben könne. (Bewegung.) Ich nehme das Wort mit Überbietung hin. Aber unter diesen Umständen kann man auch keine monarchische Agitation treiben. Wenn der König einen der Kirche abgeneigten fortschrittlichen Mann für den besten geeigneten erklärt, dann wird jeder sagen müssen, daß wir unter diesen Umständen keine monarchische Agitation treiben können.“  
Na, Herr Stöcker! Sie werden doch nun nicht etwa gegen die Monarchie agitieren?

Die Wirkung der Militärvorlage auf die Wähler illustriert eine Mitteilung der „Post“, wonach die Konteraktiven im Wahlkreise Stuhl-Marienwerder nur deshalb vom freirepublikanischen Kandidaten Wessel einen eigenen in der Person des Majors a. D. v. Dietzau genüßiggestellt haben, weil Herr Wessel sich weigerte, auf Grund der Beibehaltung der drei jährigen Dienstzeit eine bestimmte Erklärung gegen die Militärvorlage abzugeben.

Aber ich komme doch auch zuhause und außerdem am Amt und Brot, wenn das Defizit entdeckt wird“, jammerte der Bergweilende.  
Sie sind ein Hakenfuß, Herr Bagler, und wissen sich auch gar nicht zu helfen. Sie haben vier hübsche Töchter, welche reiche Vererber haben, darunter den Weinbändler Tieftrun, den Möbelfabrikanten Kollbusch, den Kaufmann Kollmann, und selbst den Herrn Staatsanwalt. Warum wenden Sie sich nicht an diese Leute mit einem Darlehns-gesuch?  
„Ich habe es ja gethan, ich habe ja alles versucht. Aber Kollmann befindet sich in Haft, Kollbusch hat mich gänzlich abgewiesen und mir noch Vorwürfe wegen meines Reichthums gemacht. Und als ich zu Tieftrun kam, sagte er mir, ich sei ihm 300 Thaler für Wein schuldig, die wolle er mir sogleich und mir auch ein Fäßchen neuen Schiden, aber im übrigen möchte ich ihn mit meinen Kassenangelegenheiten unbelästigt lassen.“  
„Aber, der Staatsanwalt?“  
„Aber, Herr Doktor, ich werde doch nicht in die Höhle des Löwen gehen?“  
„Armer Inspektor, Sie stecken tiefer, als ich es von einem Manne Ihrer Bildung und Weltverfassung erwartet hätte, in den Borartigkeiten des großen Jaukens. Der Staatsanwalt, mein lieber Bagler, hinter sich, ein Löwe zu sein, weil er die ganze Staatsgewalt hinter sich schiebt. Nehmen Sie ihm dieses Bewußtsein, und aus dem Löwen wird das allergnädigste Schaf.“  
„D, ich habe das Vertrauen nicht mehr, mir ist der Mut ganz und gar ausgegangen.“  
„So, so; nun sehen Sie, Herr Bagler, wenn diese Herren es Ihren Töchtern nicht zu Liebe thun, so brauchen Sie deshalb doch nicht zu verzweifeln, denn Sie sind eine der Hauptstützen der liberalen, d. h. der wichtigsten und mächtigsten

120 | **Am Wechsel der Zeit.**  
Belegblätter Roman in drei Bänden  
von W. Otto Walfer.  
(In neuer vom Verleger beworbener Ausstattung.)  
(Herausgeber verboten.)  
Die liberalen Fabrikanten entließen zahlreiche Arbeiter, welche mit einem Male und so ganz unerwartet brotlos geworden, mit den noch immer fehlenden Arbeitern aus der feinfühlerischen Fabrik die Straßen der Stadt durchzogen. Dazu sandte man begabte und mit Geldern versehenen Agenten in alle vorliegenden Winkelnecken der Stadt, in welchen man die unansehnlichen Elemente der Bevölkerung zum Demonstrationen versetzte, die nach und nach immer bedenklichere Formen annahm. Ein gleiches Spiel trieb man in den Provinzen; und die Spalten der fortschrittlichen Blätter füllten sich mit Berichten über die allenthalben zu Tage tretende tiefe Wägung im Volke, welche durch das Verfahren des freisprecherischen Ministeriums hervorgerufen worden sei.  
Allerdings sparte man weder Mühe noch Versprechungen, um auch die Führer der demokratischen Partei in diese Bewegung hineinzuwickeln, aber Lange, Barth und Gante hatten bei einer zu diesem Zwecke herbeigeführten Besprechung entschieden erklärt, daß sie das Vorgehen der Regierung in diesem Falle als durchaus recht und richtig ansehen müßten, und daß dieselbe darin vollkommener gewesen wäre, als die liberale Majorität der Kammer. Umsonst suchte Hoffmann ihnen vorzutreiben und einzureden, daß die Aufhebung der Schuldhaft zu tief in das geschäftliche Leben einschneide, als daß sie so plötzlich und unvorbereitet könne ausgeführt werden; umsonst suchte er zu beweisen, daß das Ganze nur ein Räuber der Regierung gewesen, um durch die Verbindung dieser beiden Gesetze beide zum Falle zu bringen; die unbefangenen

Führer der Demokratie erklärten kurz und bündig, daß die Aufhebung der Schuldhaft eine durchaus volksfreundliche und moralische Maßregel sei, auf welche hin sie umgänglich die Opposition gegen die Regierung verließen. Und als nun Hoffmann das Aeußerste wagte und im Namen der Partei versprach, daß sie sich zum Prinzip der Aufhebung aller und jeder Schuldhaft bekennen wolle, erklärte Lange dennoch fest und entschieden: die Regierung habe in diesem Falle auf Seiten des Volkes gestanden, während die liberale Kammermajorität den entgegengesetzten Standpunkt eingenommen habe. Die einfache Ehrlichkeit und Würdigkeit des Anstandes mißten deshalb die Demokratie veranlassen, wenigstens nicht feindselig in einem solchen Falle gegen die Regierung aufzutreten. Die Sache stünde allerdings nicht so, daß sie mit den Konteraktiven ein Bündnis eingehen könnten, aber sie würden den Umständen gemäß in die Wahlkämpfe selbstständig eingreifen, um Leute ihrer Partei in die Kammer zu bringen.  
Das war es nun freilich nicht, was Hoffmann wollte, er beschloß deshalb, diese Demokratie beiseite zu lassen, und im Verein mit seinen Leuten allein die energischsten Anstrengungen zu machen.  
In dieser Zeit kam nun Inspektor Bagler verführt zu ihm gelaufen und vertraute ihm, daß er in diesen Tagen eine Revision zu erwarten habe, bei der es sich herausstellen würde, daß bei ihm ein Defizit von 3000 bis 4000 Thalern vorhanden.  
Inspektor Bagler war, als Vorstand des Arbeiterbildungsvereins, in dieser Zeit eine unentbehrliche Person. Deshalb suchte Dr. Hoffmann sehr früh und vor der Angst des verführten Mannes und meinte:  
„Wie können Sie mir, als so ein gefeierter Mann, den Kopf bei solchen Gelegenheiten und um solcher Bagatellen willen verlieren, lieber Inspektor?“



- 7. Der internationale Arbeiterkongress in Zürich. Berichtshafter Ferd. G. Wahl.
8. Das Genossenschaftswesen, der Boykott und die Kontrollkommission. Referent S. Auer.
9. Die wirtschaftliche Krise und ihre Folgen: der allgemeine Notstand. Referent H. Steinhilber.
10. Nationalismus und die Sozialdemokratie. Referent August Bebel.
11. Beratung verschiedener Anträge aus den Kreisen der Parteigenossen.
12. Wahl der Parteileitung und Bestimmung des Ortes, wo sie ihren Sitz zu nehmen hat.
Es erfolgt noch die Wahl der Vorstand-Wahlungskommission.
Gen. S.inger teilt mit, daß Mittwochabend ein großer Konvent, Donnerstag nachmittag seine Sitzung und Freitag eventuell eine Versammlung stattfinden wird.
Die Sitzungen werden täglich vormittag von 9-1 Uhr und nachmittag von 3-7 Uhr stattfinden.

Aus Stadt und Land.

Wie diesen unsere werten Leser, und von allen wissenwollenen! Verzeihen! Ich habe keine besondere Mitteilung zu machen, damit wir in den Tagen nicht werden, von denen wir wissen, dass sie kommen werden, aber ich werde die Berichte zu den verschiedenen und sich ereignenden, wie es entstehen können zu erzählen.

Halle, 15. November.

Stadtvorordneten-Sitzung vom 14. Nov. Der Vorsitzende, Stadt-Vorsteher Gneist teilt den Eingang einer Petition der Frau Math. Kneip mit, in welcher diese einen Teil der nicht nützlichen Teil ihres Grundstücks der Stadt zur Abnahme anbietet. Die Angelegenheit wird der Petitionskommission überwiesen. Es folgt die Verlesung eines Schreibens des Stadtrats Jubel, welcher darin seinen Entschluß mitteilt, aus dem Magistratskollegium auszusteigen, um jüngeren Kräften Platz zu machen. Dies wird in die L.-D. eingetragen.

1. In der Petition des Gemeindevorstandes zu St. Moritz wird der Stadt der seit 1529 nicht mehr verwendete ehemalige Begräbnisplatz der Gemeinde, welcher sich nördlich und östlich der Kirche befand, und seit langen Zeiten zum Teil bereits als Fußpfad in allgemeine Verwendung genommen ist, für den Kaufpreis von 10000 M. angeboten. Diese Forderung, sowie dabei gestellte besondere Bedingungen wurden vom Magistrat wie auch von der Petitionskommission für unannehmbar erklärt; da aber zum Zwecke der Durchsührung der Drehstuhlfrage die Verwertung des Platzes für notwendig erachtet wurde, empfiehlt die Petitionskommission dem Magistrat die Petition behufs Abschließung eines billigen Vergleiches. Die Versammlung stimmt diesem Vorschlage zu. Ref. Stadtv. Schüttel.
2. fällt aus.
3. Die Petition des Drechsler-Vereins um Einführung des Bit-Tarifs wird dem Magistrat zur Berücksichtigung überwießen und eine Revision des aus dem Jahre 1881 flammenden jetzigen Tarifs für geboten erachtet. Ref. Stadtv. Richter.
4. Die Kommissionen über den Schlacht- und Viehhof werden für die jährlichen Viehspreise von 205 und 195 Mark an die Viehhändler Herr. Rothberg hier und C. Witte-Viehhofenverein verhandelt. Ref. Stadtv. Krg.
5. Zur Ausführung der Staats-Gebäudeveränderung ist eine Prüfung der von den Hausbesitzern aufzustellenden Gebäude-Beschreibungen durch besondere Kommissionen nötig. Es sind 4414 Grundstücke vorhanden. — Die vom Magistrat beantragte Kostensumme von 9000 M. wird bewilligt. Ref. Stadtv. Gersfeld.
6. Von der vom Magistrat eingereichten Ueberlicht von Arbeiten, welche zur Beschäftigung Arbeiterloster ausgeführt, bzw. bei denen Arbeiter während des Winters beschäftigt werden können, nimmt die Versammlung auf die Empfehlung der Baukommission hin (Ref. Stadtv. Friedrich), von einer Distriktsabteilung Kenntnis. Nach dieser Ueberlicht werden bei den 14 verschiedenen in Aussicht genommenen Arbeiten 272 Handwerker und 481 Arbeiter auf ca. 60 Tage Beschäftigung erhalten. Die Kommission empfiehlt gleichzeitig, auch zwei weitere Unternehmungen ins Auge zu fassen. Stadtv. Kausch fragt an, ob die Arbeiten in eigener Regie von der Stadt oder wie bisher nach dem Ausbittungsverfahren durch Unternehmer ausgeführt werden sollen. Stadtv. Bauer erwidert, daß sämtliche Arbeiten 150 000 Mark erfordern würden. Die meisten Gewässerarbeiten würden in eigener Regie ausgeführt. Die anderen Arbeiten jedoch, wie Pfasterungen, Mauerwerk, etc. etc. Es sei daran von sozialdemokratischer Seite verlangt worden, sämtliche städtische Arbeiten in eigener Regie auszuführen, dies könne aber nicht zur Durchführung gebracht werden. Stadtv. Kausch wünscht ausdrücklich, die Beschäftigung hiesiger Einwohner zu berücksichtigen.
7. Die ersten beiden Anträge, welche zum Zwecke der Beschäftigung Arbeiterloster gestellt werden und in der unter

Punkt 6 genannten Ueberlicht enthalten sind, betreffen: 1. die Pfasterung und Verbreiterung des Weges nach der Felde von der Chauffee nach Korbhölzen aus bis zur Saubricke und von dort bis zur Kiebelener Kohlenlade; 2. die Instandsetzung des über den Sandbanger nach Nimritz führenden Fußweges sowie sämtlicher über die Wärfel- und Ziegelwerke nach der Reimitz führenden Promenadenwege. Der erste Teil wurde gänzlich abgelehnt, der zweite Teil zur Ausführung im Frühjahr in Aussicht genommen. Die Baukommission, von welcher die genannten beiden Anträge gestellt waren, hatte schleunigst Vorlagen hierüber seitens des Magistrats beantragt. Oberbürgermeister Staube erklärte, daß die Provinzialverwaltung zwar die Hälfte der Kosten des 1. Antrages zu tragen sich bereit erklärt habe, aber es stünde noch als Hindernis der Inangriffnahme der Arbeiten im Wege die Verhörungen mit dem 3. Interessenten, dem Sozialisten, wegen Heranziehung derselben zur Kostenbeitragsleistung. Stadtrat Schumann schlägt die von der Stadt zu tragende Hälfte der Kosten auf 18-18000 M. und gibt der Ansicht Ausdruck, daß die entlegenden Ortshäupten des Kreises ein größeres Interesse an dem Ausbau der Straße hätten, als die Stadt Halle. Stadtv. Gersch betont die Finanzlage der Stadt und die Notwendigkeit, jenen Interessenten als nur möglich zur Beitragsleistung heranzuziehen. Nachdem der Vorkitz die Ablehnung der beiden Kommissionsanträge verlangt, um besonders wegen des Punktes 1. Feststellungen über die Beitragsfähigkeit machen zu können, wird wie oben angeführt beschlossen. (Fort folgt.)

Dem liberalen „Berliner Correspondent“ ist in den letzten Tagen mächtig der Kamm geschwollen. So bringt derselbe eine Notiz, in welcher die mit der letzten Arbeitslosen-Versammlung verhandigten Vorgänge in einer Weise geschildert werden, die der „Holl. Jg.“ alle Ehre machen würde. Nach bekanntem Vorbild befreit sich das Blatt, auch von „sozialdemokratischen Feinden“, die überhaupt nicht arbeiten“, zu sprechen, und überläßt dabei ganz, daß unsere Mutter Erde eine ansehnliche Zahl von Individuen trägt, die „auch keine Arbeit haben“, aber auch gar nicht arbeiten wollen, sondern es vorziehen, mit ehler Dreifigkeit „handbegemä“ da zu ernten, wo sie nicht geübt haben. Diejenigen aber zu begreifen, welche solchen Zuständen ein Ende bereiten wollen, ist gegenwärtig ebensovoll „liberal“ wie „konservativ“ und eine solche Handlungsweise das sicherste Erkennungszeichen der in den bürgerlichen Parteien herrschenden Korruption. Auch die mehrfach hitzige Rede-Versammlung giebt dem „M. C.“ Gelegenheit zu einer großartigen Fansarade, die aber manchem seiner spießbürgerlichen Leser als Entschädigung für den durch das allmähliche Vorbringen der Sozialdemokratie verursachten Schmel recht wohl zu gönnen ist. Ob die Tringler, die infolge der auf letztere Versammlung Bezug habenden Berichte flüchtigen werden, auch den Gurradschreibern in entsprechendem Maße zuzuführen, konnte nicht ermittelt werden.

Eine Vierteljahrstrafe der Wiessteuer soll den hiesigen Steuerzahlern erlassen werden, nachdem ein dahingehender Beschluß des Magistrats, welcher in anbehangt der auf Grund des neuen Einkommensteuergesetzes erhobten Steuererträge gesetzt worden ist, die Genehmigung des Provinzialausschusses erhalten hat.

Ein Grundruchdiebstahl ist in einer der letzten Nächte der vorigen Woche auf dem Landratsamt hier selbst ausgeführt worden. So weit Meldungen darüber vorliegen, haben die Diebe, vielleicht in anbehangt der nachliegenden Beweise, daß eine Störung nicht zu erwarten war, einige Arbeiter nicht gesehen, um in Besitz etwaiger Gelder zu gelangen. Es sind ihnen denn in der Nacht auch 360 M. in die Hände gefallen, und außerdem noch ein Hundertmarkstücken sowie einige kleinere Beträge liegen geblieben. Unangeführt ist noch, was den oder die Täter veranlaßt hat, verschiedene Aktstücke, die zur Vererbung bereit lagen, zu vernichten.

Unfälle. In unserem Nachbarkreis Klingenberg sind am vergangenen Sonntag die Gehirte der Gutsbesitzer Kunze, Kranke und Jähner durch eine Feuerbrunst zerstört worden. Der vorhandene Viehbestand wurde durch energisches Eingreifen gerettet.

Aus dem Gerichtssaal.

Entscheidungen des Reichsgerichts. (Nachdruck verboten.)
Weipzig, 14. November. (Die Millionen-Unterschlagung bei Rothchild.) Von der Anklage, die der frühere Reichsfinanzminister Jäger herausgehoben hat, ipiete sich heute der letzte Akt vor dem ersten Strafsitzung des Reichsgerichts ab. Wie bekannt, ist Jäger am 6. August wegen Unterschlagung vom Landgericht Frankfurt a. M. zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Seine Mitschuldigen haben ebenfalls mehr oder weniger empfindliche Strafen erhalten. So ist die unverschämte Josephine Kög, welche ihn auf seiner Orientreise aus Liebes begünstigte, 3 Jahre Gefängnis, der Stiefvater Josef, der mit den unterschlagenen Geldern seine Konturrenten aus dem

Reich schlagen wollte, 6 Jahre Gefängnis, und der Oberleutnant Klinger, welcher 6 M für ihn und seine Frau ausgegeben hat, dem Josef für 1000 M überließ, beide ein „hochschuldig“ Verbrechen mit einer hochschuldigsten Strafe — in Karlsruhe leben beide, 6 Wochen Haft. Das Reichsgericht geneigt habe, der Hof soll dem Defraudanten Jäger zum Zwecke des besseren Fortkommens dienen, wurde vom Landgericht nicht angenommen; er wurde deshalb nicht wegen Beschäftigung, sondern nur wegen der in § 363 gebotenen Unterbreitung verurteilt, allerdings zu der höchsten zulässigen Strafe. — Revision hatten nur eingeleitet Josephine Kög, Josef und Wägenberg. Die Revision Jäger wurde durch Herrn Rechtsanwalt Mantelung aus Frankfurt a. M. vertreten. Es wurde behauptet, ein direkter Beweis dafür, daß Josef, welcher wegen Diebstahl in drei Fällen und Beschäftigung verurteilt worden ist, hinsichtlich des beschriebenen Diebstahls Jäger's Kög, sei nicht erbracht. Der ganze Beweis läge sich auf die Aussagen Jäger's und der Kög. Diese beiden würden, wenn sie als Zeugen hätten auftreten können, im höchsten Grade verdächtig sein müssen, während nicht, wo sie jetzt als Angeklagte den Angeklagten antraut, behauptet, alles das, was die Kög innerlich Deutschland gehalten, habe nur zur Beschäftigung ihrer Mutter, nicht aber der Jäger getrieben. Wenn sie aber Jäger in Klagen begünstigt habe, so müsse sie auch frolos bleiben, denn in Klagen würde die Unterbreitung Jäger's, weil im Ausland begangen, nicht strafbar gewesen sein. Das Landgericht habe angenommen, daß die Beschäftigung der Kög den Jäger getrieben habe, und die Kög zu fördern. Er, der Verteidiger, glaube sehr gern, daß Jäger die Kög nicht aus Liebe mitgenommen habe, sondern nur, um den Verdacht abzulenken, da seine wirkliche Frau zurückgeblieben war. Das Landgericht habe Jäger gefasst habe, sei nicht festgestellt. Das Landgericht lage, die Kög sei den Jäger aus Liebe gefolgt, nicht aber die Unterbreitung von Jäger in andere Klagen, die in Klagen begünstigt habe, sei deshalb auf dem Revisionsinstanz kommen nicht möglich, daß sie nur seine Pflicht bedenken. Wenn die Beschäftigung darin gefunden, daß sie die Revisorin gelaut und nach Darmstadt dirigiert habe, so ließe sich ein Beweis, denn es könne doch auch einmal vorkommen, daß ein Revisorin Koffer für seine Revisorin gebrauche. Ueberdies hätten sich in diesen Klagen nur der Jäger und die Kög befunden. Auch darin, daß sie schon in Deutschland Weid für Jäger gewechselt, könne eine Beschäftigung nicht gefunden werden, denn das Urteil sage nicht, wie es hätte ausfallen können, daß Jäger das Weid nicht gewechselt. Wichtig ist den Angeklagten Wägenberg's Anklage, die der Verteidiger den Jäger zu führen, daß § 363, wenn er die Unterbreitung von Jäger in andere Klagen, die in Klagen begünstigt habe, mit Strafe bedrohe, nur das bessere Fortkommen im wirtschaftlichen Sinne meine, woraus sich dann ergebe, daß Wägenberg sich nicht strafbar gemacht habe. — Der Vertreter der Reichsanwaltschaft, Herr expert Staatsanwalt Heilmann, erklärte die ihm gegen das Urteil für den Jäger geltend gemachten Gründe und beantragte die Berufung der Revision, welche Johann auch erfolgte.

Briefkasten der Redaktion.

Anonymus. Wir bedauern, von Ihrer Einbringung deshalb keinen Gebrauch machen zu können, weil weder Ihr Name noch Ihre Adresse in derselben angegeben ist.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle, 14. November.

- Aufgebote: Der Landarbeiter Sebastian Fiedler und Auguste Stein (Hüterfeld und Hofstraße 14). Der Buchhalter Anton Reiglin und Anna Müller (Galle a. S., r. d. Leipzig).
Hochzeit: Der Landw. Louis Wicht und Emma Döfke (Helmshof und d. d. Steinstraße 20).
Waren: Dem Ingenieur August Vogelmann eine L., Emma Luise Wägenberg (Friedrichstraße 4). Dem Richter Karl Hornemann ein H. Hermann Frig. H. Hermann Frig. Dem Tischlermeister Hermann Gerlach eine L., Emilie Martha (Friedrichstraße 13). Dem Kaufmann Oswald Reinsch ein S., Gustav Karl (Stenstraße 6). Dem Sattelmacher Max Große eine L., Sophie Johanne Gertrud (Weißstraße 16). Dem Handarbeiter Karl Vierer eine L., Annale Luise Friede (Schweinfurthstraße 15). Dem Bäcker-Vorsteher Reinhold Koch eine L., Helene Friede (im Rickhof 13). Dem Schlossermeister Louis Schanze ein S., Friedrich Wilhelm Paul (Krausenstraße 11). Dem Schneidermeister Eduard Jaeger eine L., Anna Martha Gertrud (Stenstraße 4). Dem Schaffner Johann Biertraut eine L., Bertha Elisabeth (Krausenstraße 9). Dem Ingenieur Albert Gerlach eine L., Marie Luise (Krausenstraße 1). Dem Schloffer Hermann Keller ein S., Hermann Erich (Steinweg 10). Dem Kaufmann Richard Ziebau ein S., Walter Martin (im Stenstraße 9). Dem Hausbesitzer Otto Klauemann eine L., Anna Rosa Elisabeth (Waldstraße 9). Dem Handarbeiter Johann Kühle eine L., Clara Wilhelmine (Stenstraße 7). Dem Tischlermeister Richard Hier ein S., Paul Gottlieb (Waldstraße 15). Dem Bäckermeister Franz Köpfer eine L., Gulda Elise (Hofstraße 3). Dem Gelehrtenmeister Walter Miquette eine L., Ida Gertrud Bady (Waldstraße 6). Dem Maler Hermann Müller ein S., Alfred Rudolf Karl (Hofstraße 25). Dem Handarbeiter Heinrich Gerlach eine L., Bertha Luise Wilhelmine (Waldstraße 42). Dem Kaufmann Otto Schumann eine L., Wilhelmine Auguste Magdalena (Weißstraße 54). Rein unget. L.
Geburten: Clara Berger, 19 J. (Dankensienhaus). Des Müller Otto Reinhold's Ehefrau Gertrude geb. Häfmann, 45 J. (Weißstraße 21). Des Mechaniker Otto Große L. Elia, 1 W. (Weißstraße 6). Der Former Wilhelm Walter, 43 J. (Schlofferstraße 9). Der Dienstmagd Wilhelm Albrecht, 63 J. (Zorndorferstraße 4). Des Handarbeiters Jakob Erdmann S. Max, 4 W. (Hofstraße 7). Des Arbeiter Max Vog L. Elise, 4 J. (Rintin).

Für die Redaktion verantwortlich: für den politischen Teil, Pfeifferstr. 1, in Wladimir Jäger in Halle, für den lokalen Teil: Karl Krüger in Halle.

Stadt-Theater in Halle a. S.
Dienstag den 15. November.
59. Vorst. — 50. Ab. Vorst. — Farbe rot.
Anfang 7 1/2 Uhr. — Ende gegen 10 Uhr.
Der Widwiltig
oder: Die Stimme der Natur.
Komische Oper in 3 Akten von Rossini.
Musik von K. Vogling.
Mittwoch den 16. November.
60. Vorst. — 51. Ab. Vorst. — Farbe rot.
Anfang 7 1/2 Uhr. — Ende nach 10 Uhr.
Der Propheet.
Große Oper mit Ballet in 5 Akten nach dem Französischen von Auguste Erice, deutsch bearbeitet von A. Heilbach.
Musik von Giacomo Meyerbeer.
Donnerstag den 17. November.
61. Vorst. — 52. Ab. Vorst. — Farbe gelb.
Die beiden Vöonoren.
Aufspiel in 4 Akten von Paul Vinbou.

Walhalla-Theater.
Direktion: Richard Hubert.
Dienstag den 15. November.
Leztes Auftreten!
Die Warrung-Geschichte, Traubauer-Parterre-Altkoblen. — Hr. Gharis, Equillist auf der Stühlpromade. — Hr. Obermütz mit Witz, Cris, Kunstspieler und Vogelstimmen-Amalitor. — Hr. Gharis, Hermandlungs-Duetten. — Hr. Jean Gharis mit seinem Violinlaut. — Hr. Gharis.
Anfang 8 Uhr. — Ende 11 Uhr.

Concordia-Theater.
Geistliche.
Dienstag.
Therese Kronos.
Sopralist des Fr. Emma Steiner und Chorus.
Mittwoch.
Die Witt' etwas.
Donnerstag.
Ein christlich Mafier.
Familienwohnungen
Stube, Kammer und Küche, Keller, Stalung und Bodenglas, mit Garten und Bad, für 100 bis 120 Mark sofort oder später zu vermieten. Auskunft an jeder Zeit Inspektor Mauus, Schmalzstrasse 2.

Wemien besten Kuchens zur Nochtig, daß sich kein Weidich von jetzt ab befindet.
Feinweg 37
Fr. Zimmermann.
Brot! Brot!
groß und klein, 1 Sorte der 4 1/2 Pf. 50 J., 2 Sorte der 5 1/2 Pf. 50 J.
H. Schimmerwitz, Schillerstr. 22a.
Brot 1. Sorte 4 1/2 Pf. 50 J., 2. Sorte 5 1/2 Pf. 50 J., 3. Sorte 6 Pf. 50 J.
Sof. auf ver. 2 Bettf., Matr. 21 u. 24 A. 1 Nippelbogen, 1 Tisch (post). Bismark. 16 P.
Wohnungen
auf 108 und 180 Mark sofort oder später zu vermieten.
Giebelstr. 1, Hofstraße 3.
Eine Wohnung zu vermieten.
Giebelstr. 1, Brunnenstr. 23, 2 Ex.
Park. Ende für 24 Ex. sofort oder 1. Jan. zu verm. gr. Ritterstraße 14, 2 Ex.

Gegründet  
1859.

# J. LEWIN

Gegründet  
1859.

4. Markt 4.

Halle a. S.

4. Markt 4.

Telephon-Anschluss No. 195 für Halle und ausserhalb.

Mit dem heutigen Tage eröffne ich in sämtlichen Abteilungen des Geschäftshauses meinen diesjährigen grossen

## Weihnachts-Ausverkauf.

Streng feste, anerkannt niedrigste Preise

und das nunmehr über 30 Jahre bewährte Geschäfts-Prinzip,

nur **Qualitäten bester und solidester Beschaffenheit aus den ersten und renommiertesten Fabriken Deutschlands**

zum Verkauf zu bringen, bieten bei

**bedeutend ermässigten Preisen**

meiner geehrten Kundschaft die volle Garantie, ihre Weihnachts-Einkäufe

**wohlfeil und gut**

bei mir treffen zu können.

**In unübertroffener Auswahl** sind in allen Abteilungen des Hauses Artikel aufgenommen, welche sich infolge ihrer aussergewöhnlichen Preiswürdigkeit, ihres praktischen, nützlichen Wertes besonders zu **Festgeschenken** eignen. Meine

## Damen- und Kinder-Konfektion,

welche sich bekanntlich durch tadellosen Sitz, sauberste Näharbeit und solide Stoffe auszeichnet, sowie

## Kleiderstoffe

in Seide, reiner Wolle und Halbwole, nur Neuheiten der Saison, von der einfachsten bis zur elegantesten Art, sind

**wegen vorgerückter Saison besonders im Preise zurückgesetzt.**

Ferner empfehle ich in allen Qualitäten und Preislagen zu streng festen Preisen:

**Bunte Bettzeuge. — Gestreifte und glatte Inletts.**  
**Weisse Bettdamaste. — Stuben- und Küchenhandtücher.**  
**Tischtücher, Kaffeedecken. — Gedecke mit pass. Servietten.**  
**Bunte und weisse Taschentücher. — Leinen, Dowlas, Hemdentuche. — Bettdecken.**  
**Paradehandtücher, Servirdecken. — Tischläufer, Bettaschen**  
**Hausschürzen, Tändelschürzen. — Unterbeinkleider, Strümpfe**  
**Handschuhe, Shawls — Kapotten, Mützen.**  
**Kachenez, Lamattücher. — Konzerttücher, Plaids.**  
**Sämtliche Herren-, Damen- und Kinderwäsche.**

**Gardinen, Möbelstoffe. — Teppiche, Läuferstoffe.**  
**Reisedecken, Schlafdecken. — Bett- und Pultvorlagen.**  
**Tüll- und Spachteldecken. — Kinderwagendecken.**  
**Wachs- und Gummi-Decken. — Portiären, Angorafelle.**  
**Regenschirme.**  
**Trikot-Tailen und Blusen. — Flanell- u. Barchentblusen.**  
**Seidene Blusen, schwarz und farbig. — Schulterkragen.**  
**Morgenröcke, Matinées. — Unterröcke in Wolle u. Seide.**  
**Balkragen, Ballstoffe. — Sämtliche Besatzstoffe.**  
**Reinwollene und halbwoollene Lamas und Flanelle.**

## Seltenes Angebot:

Ein grosser Posten 4-knöpf. schwarze Damen-Glacé-Handschuhe, das Paar **1.25 Mark.**

Garantie für bestes Tragen. Elegantes, geschmeidiges Leder.

Der Verkauf geschieht zu streng festen, anerkannt niedrigsten Preisen.

Der Umtausch sämtlicher Einkäufe wird bereitwilligst gestattet.



